

# Mehr Stellen, flexiblere Arbeitszeiten

**BILDUNG:** Aussprache zwischen Mitarbeiterinnen für Integration, Politik und Bildungsspitze – Maßnahmen noch im April beschließen

BOZEN. Damit an Kindergärten und Schulen Integration und Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung funktioniert, müssen alle an einem Strang ziehen. Bei einer Aussprache einer Vertretung der Mitarbeiterinnen für Integration im Landesverband der Sozialberufe mit Politik und Bildungsspitze wurden nun klare Schritte definiert, die nun dringend für eine gelingende Integration gesetzt werden müssen.

Inklusion im Bildungssystem in guter Qualität umzusetzen, verlangt allen Beteiligten viel ab. Die langfristige Aufgabe ist es, ausreichende Rahmenbedingungen zu schaffen und eine kompetente Umsetzung zu ermöglichen. Um das Recht auf in-

klusive Bildung und Teilhabe zu gewährleisten, müssen für die Mitarbeiterinnen für Integration Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen diesem Anspruch und Auftrag, gerecht zu werden.

Bei einer Aussprache mit Landesrat Philipp Achammer, Landesrätin Magdalena Amhof und deren Ressortdirektor Günther Burger, Bildungsdirektor Gustav Tschenett wurde als erster Schritt vereinbart, dass das aktuelle Stellenkontingent der Mitarbeiterinnen für Integration erhöht werden muss. Nur so könne die oft zitierte Teilhabe der Kinder und Schüler an sämtlichen Bildungsangeboten im schulischen Kontext gewährleistet werden, heißt es in einer Aussendung. Die Mi-



Setzen sich für Inklusion ein (v.l.): Bernadette Ramoser, Veronika Stampfl, Sindi Baumgartner, Astrid Fischnaller, Landesrat Philipp Achammer, Marta von Wohlgemuth, Landesrätin Magdalena Amhof, Bildungsdirektor Gustav Tschenett und Ressortdirektor Günther Burger.

tarbeiterinnen für Integration müssen in Zukunft, gestaffelt 100, 80, 75, 60 oder 50 Prozent arbeiten können, wie andere verwandte Berufsgruppen auch. Diese Maßnahme muss noch in-

nerhalb April erfolgen, damit diese für das kommende Schuljahr wirksam werden kann. Wenn grundlegende Reformen der Bildung und Betreuungsmodelle gelingen sollen, müssen die

Mitarbeiterinnen, welche die Dienstleitungen erbringen, miteinbezogen werden. Mittel- und langfristig werden weitere Schritte und Möglichkeiten überlegt.